

# Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Stadtanschrift: Riefaer Platz, Nr. 20.

Das Riefaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Kuratordomänenverwaltung Großschänke, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Landratsamts Witten.

Postkontos: Dresden 1634, Girokonto Riefa Nr. 52.

N. 283.

Montag, 7. Dezember 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Untertrens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklameweile 100 Gold-Pfennige; zustrahlender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Demittiger Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geht. Zahlungen und Erfüllungsort: Riefa. Achtstellige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Arterg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Grotzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hagemann, Riefa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riefa.

## Die letzten Beschlüsse des Kabinetts.

Der Entwurf eines Preisabbaugesetzes.

Berlin. In der Kabinettsitzung des Sonnabendvormittags erließ das Kabinett eine Reihe wirtschafts- und sozialpolitischer Anordnungen, bevor das Reichskabinettsamt den Demissionsbeschluss faßte. Es wurde ein Preisabbaugesetz...

### Förderung des Preisabbaus

verabschiedet, der nunmehr sofort dem Reichsrat vorgelegt werden wird. Der Entwurf enthält:

1. Bestimmungen über einen Verleih zur Abwendung des Konkurses unter Aufhebung der Verordnung über die Geschäftsaufsicht;
2. Vorschriften gegen die Ausbeutung bei der Vergabe von Aufträgen im Wege der Ausschreibung;
3. Befreiung der Auswahlstellung der Wohnungsorganisationen, die bisher nach der Kartellverordnung den Einwirkungsmaßnahmen der Reichsregierung und des Kartellgerichts nicht unterliegen;
4. Bestimmungen, die hinsichtlich der Einwirkungsmaßnahmen des Staates die Innungen und Innungsverbände den Kartellen in gewissem Umfang gleichstellen;
5. Vorschriften über das Festhalten von Brot zu festem Gewicht.

Diese wesentlichen Maßnahmen haben sich bei Durchführung der Preisabbaumaßnahmen als notwendig erwiesen. Die zur Verfügung stehenden verwaltungsmäßigen Mittel hat die Reichsregierung zur Durchführung des für erforderlich erkannten Preisabbaus selbstverständlich sämtlich angewendet. Diese Mittel reichten aber zur Erzielung des angestrebten Erfolges nicht aus. Der vorgeschlagene Gesetzesentwurf soll die Preisgestaltung in der Wirtschaft weiterhin im Sinne einer für die Gesamtheit gefundenen Entwicklung beeinflussen. Dabei wird die Reichsregierung in wesentlichen Beziehungen nach wie vor auf die verständnisvolle Mitwirkung der Erwerbstätigen angewiesen bleiben. Die in Fortführung der Preisabbaumaßnahmen weiter einzuleitenden und noch im Gange befindlichen Maßnahmen werden ohne Unterbrechung weitergeführt werden. So beschloß heute das Kabinett, dem Reichsrat die Verabschiedung des Gesetzes für die von den Apothekern vertriebenen Spezialitäten zu empfehlen.

Außerdem verabschiedete das Kabinett eine Denkschrift über die Sozialversicherung 1924/25 und eine Darlegung über die Einnahmen und Ausgaben der deutschen Erwerbslosenfürsorge seit dem 1. Juli 1924. Diese Materialien werden sofort dem Reichsrat und Reichstag zur Kenntnisnahme vorgelegt werden.

Wie wir gleichzeitig erfahren, haben die Bestrebungen der Reichsregierung auf Erreichung der Einsparung für öffentliche Gelder zu dem weiteren Ergebnis geführt, daß sich den Vereinbarungen zur Einsparung der öffentlichen Gelder nicht nur die überwiegende Zahl der Länder vorbehaltlos angeschlossen hat, sondern auch die kommunalen Spitzenverbände, der deutsche Städtebund und der Deutsche Landratstag sowie das Selbstinstitut des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, die Deutsche Girozentrale, ihnen vorbehaltlos beigetreten sind.

## Vorbereitung des Deutschen Städtetages.

Erwerbslosenfragen.

Berlin. Die Geschäftsstelle des Deutschen Städtetages teilt mit: Im Anschluß an die Beratung des Gesetzesentwurfs über die Arbeitslosenversicherung wurde in der Vorstandssitzung am Sonnabend einander die bedrohliche Lage erörtert, wie sie in den vielfachen Betriebsaufbrüchen und -Stilllegungen und in den dringenden anstehenden Erwerbslosenfragen zutage tritt. Die Stadtverwaltungen sehen mit Sicherheit wieder die Zeiten kommen, wo sie sich nicht aus schwächlichem Entgegenkommen, sondern weil sie sich der überaus großen Notlage nicht verschließen können, vor die Aufgabe gestellt werden werden, wieder Notstandsarbeiten einzurichten, um den notleidenden Massen Arbeit zu geben. Bei ihrer finanziellen Notlage kann aber keine Rede davon sein, auch hier wieder die Gemeinden allein die Lasten tragen zu lassen. Reich und Staat sind in erster Linie verpflichtet, das Nötige zu tun, um derartige Folgen der allgemeinen Wirtschaftslage abzuwenden. Der Vorstand hat daher beschlossen, an das Reich und die Länder mit der Forderung heranzutreten, daß Reichsregierung und Länderregierungen nicht nur selbst für die Beschaffung von Notstandsarbeiten sorgen, sondern vor allem auch die nötigen Mittel bereitstellen, um den Gemeinden die Veranlassung von Notstandsarbeiten zu ermöglichen. Eine Deputation des Städtetages soll diese Forderungen persönlich beim Reichskanzler und in den zuständigen Ministerien zum Vortrag bringen. Hierbei wird auch darauf hingewiesen werden, daß es notwendig ist, daß der Wirtschaft selbst die nötigen Betriebsmittel zur Verfügung gestellt werden, damit die Wirtschaft ihrerseits ihre Unternehmungen in Betrieb halten kann.

Zugleich hält es der Vorstand des Städtetages für notwendig, daß die zurzeit geltenden Gesetze für die Erwerbslosenunterstützung angemessen erwidert werden. Wie verlautet, hat der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages auch bereits eine entsprechende Erwidmung beschlossen.

## Zum Rücktritt der Reichsregierung.

Empfänge bei Hindenburg. — Informativische Besprechungen.

Berlin. (Kontin.) Reichskanzler Dr. Luther überbrachte Sonnabend nachmittags 6 Uhr dem Reichspräsidenten die Demission der Reichsregierung. Der Reichspräsident nahm die Demission entgegen und ersuchte den Reichskanzler und die Reichsminister, bis zur Neubildung der Regierung die Geschäfte weiter zu führen.

### Loebe beim Reichspräsidenten.

Abg. Berlin. Reichspräsident v. Hindenburg empfing am Sonntag nachmittags den Reichstagspräsidenten Loeb, der ihm über die parlamentarische Lage in der Frage der Regierungsbildung Bericht erstattete. Der Reichstagspräsident wird im Laufe des Monats die Führer der Reichstagsfraktionen in der Reichshalle ihrer Fraktionshäufe empfangen. Zuerst werden also Besprechungen mit den Sozialdemokraten stattfinden.

Der Besuch des Reichstagspräsidenten Loeb beim Reichspräsidenten v. Hindenburg währte eine knappe Stunde. Der Reichspräsident soll den Standpunkt vertreten haben, daß versucht werden müsse, eine Regierung auf der breiten Grundlage zu bilden, die von den Sozialdemokraten bis zur Deutschen Volkspartei reiche. Die Notwendigkeit einer Regierung auf derartig breiter Grundlage ergebe sich aus den Schwierigkeiten der gegenwärtigen Wirtschaftslage und der ständig wachsenden Arbeitslosigkeit.

### Die Fraktionsführer beim Reichspräsidenten.

Berlin. (Kontin.) Reichspräsident v. Hindenburg empfing heute im Zusammenhange mit der Regierungsbildung die Führer der Reichstagsfraktionen in der Reihenfolge ihrer Stärke. Um 10 Uhr vormittags erschienen der sozialistische Fraktionsführer Müller-Franken, um 10 1/2 Uhr Graf Westarp für die Deutschnationalen, um 11 Uhr Fehrenbach für das Zentrum, um 11 1/2 Uhr Scholz (D. Vp.), um 12 Uhr Koch (Dem.), nachmittags um 4 Uhr wird noch Leicht (Bahr. Vp.), um 4 1/2 Uhr Drewitz (Wirtsch. Vereinigung) empfangen werden. Ueber den Verlauf der Besprechungen wird vorläufig nichts bekannt.

### Fraktionsitzungen im Reichstag.

Berlin. (Kontin.) Im Reichstag selbst sind Fraktionsitzungen über die Regierungsbildung für Montag und Dienstag noch nicht angesetzt. Reichstagspräsident Loeb hat nach seiner Besprechung mit dem Reichspräsidenten auf kurze Zeit Berlin verlassen.

In parlamentarischen Kreisen ist man der Meinung, daß nach den informativischen Besprechungen mit den Fraktionsführern zunächst interfraktionelle Beratungen zwischen den parlamentarischen Gruppen erfolgen werden. Diese dürften jedoch vor dem Weihnachtsestern zu einem klaren Ergebnis führen.

Nach wie vor hat Dr. Luther die meisten Aussichten für den Kanzlerposten.

Im allgemeinen glaubt man, daß die Verhandlungen zwischen und mit den Fraktionen sich so lange hingezogen werden, daß die neue Regierung unter Umständen erst kurz vor Neujahr oder möglicherweise auch erst nach Neujahr fertig sein wird. Wie man das von den parlamentarischen Kreisen her gewöhnt ist, schwärmen auch jetzt schon allerlei Gerüchte umher. So erhält sich in gewissen Kreisen trotz des Demissions der Behauptung, daß der Reichswehrminister Gehler amtsmäßig sei und nicht mehr bedachtig, in das gegenwärtig

neuaufzubauende Kabinett einzutreten. Es werden damit auch die Erklärungen des Abg. Koch auf dem demokratischen Parteitag in Verbindung gebracht, der hervorhebt, daß Gehler nicht als Vertreter der Demokratischen Partei im Kabinett sitze. Immerhin ist gegenüber diesen Gerüchten doch festzuhalten, daß gerade Herr Gehler als Reichswehrminister volles Vertrauen genießt, daß er schon verschiedene Kabinettskrisen überstanden hat, und daß er sich wohl auch diesmal faum von der Zustimmung, die in einem Teil der Demokratischen Partei gegen ihn herrscht, dazu bewegen lassen wird, sein Amt als Wehrminister wiederzugeben. Andere Gerüchte wollen bereits den Namen eines eventuellen Nachfolgers Gehlers nennen können. So hört man den Namen des volksparteilichen Abgeordneten und früheren Admirals v. Brünninghaus nennen.

## Bayern gegen die große Koalition.

Landespartei der Bayerischen Volkspartei.

München. Der Landespartei der Bayerischen Volkspartei war stark besucht. Der Parteivorstand, Abg. Sped. stellte fest, daß die Parteileitung die Entwicklung im Zentrum genau verfolge und gegebenenfalls mit Vorschlägen an die zuständigen Parteikontakten heranzutreten würde. Entschieden wandte er sich gegen die Aufstellung der Frage der Staatsform. Das Volk habe jetzt andere Sorgen als die Wiederherstellung der Monarchie. Der Vertreter der Reichstagsfraktion Abgeordneter Leicht, erklärte, die Regierungsbildung im Reichstag werde noch schwieriger sein als früher. Die Bayerische Volkspartei würde es bezweifeln, wenn Dr. Luther wieder die Führung übernehme. Es wäre vielleicht noch die einmalige Lösung, wenn es gelänge, die bisherige Politik der Regierung zu erhalten, trotzdem es sich um eine Minderheitsregierung handle. Die wirtschaftlichen und sozialen Gegenstände der Flügelparteien einer großen Koalition würden den inneren Zusammenhalt sehr leicht gefährden.

### Eine Rede Dr. Felds.

München. In der Sitzung der Landesversammlung der Bayerischen Volkspartei sprach Ministerpräsident Dr. Feld über die gegenwärtige europäische Lage und die Beziehungen Europas zur übrigen Welt. Das Ziel, das sich die deutsche Außenpolitik stellen muß, ist, so führte Dr. Feld aus, die Befreiung vom ausländischen Druck in jeder Form und Erlämpfung der vollen Gleichberechtigung Deutschlands im Völkerkonkurrenz. Soll der Geist von Locarno nicht nur eine leere Phrase bleiben, so muß es in kurzer Zeit zu einer Verfürgung der Befähigungskritik kommen, so muß das Recht der deutschen Minderheiten außerhalb der Reichsgrenzen in befriedigender Weise geregelt, das Unrecht des Danziger Korridors und der oberschlesischen Grenzregelung wiedergutmacht und dem Anspruch Deutschlands auf Kolonien entsprochen werden. Der Geist von Locarno verbietet auch, einen Verzicht auf deutsches Land und deutsches Volk auszusprechen. Alles, was die deutsche Mutter Sprache spricht, hat ein Recht, sich zur deutschen Nation und zum deutschen Staat zusammenzuschließen. Der Ministerpräsident besahnte sich weiter mit der wirtschaftlichen Notlage; er erklärte in diesem Zusammenhang: Die Moral des Genueses muß in eine Moral des Opfers, der Arbeit und des Sparsams umgewandelt werden. Dr. Feld sprach sich dann für eine Regierungsbildung im Reiche aus dem Zentrum, der Deutschen Volkspartei, den Demokraten, der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei aus. Voraussetzung für eine Beteiligung der Bayerischen Volkspartei an der Reichsregierung aber ist, so erklärte Dr. Feld, daß Bayern als Staat anerkannt und nicht als Provinz behandelt wird.

## Vorschläge

### zur Milderung der Notlage der Landwirtschaft.

Abg. Berlin. Der preussische Landwirtschaftsminister hat an die Reichs- und Staatsregierungen eine Denkschrift über die Notlage der Landwirtschaft und über die zu ihrer Behebung notwendigen Maßnahmen verfaßt. Als wichtigste Erfordernisse für die Wiederherstellung der Landwirtschaft müsse die Wiederherstellung des Preisgleichgewichtes von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Bedarfsgegenständen angesehen werden. Daneben sollten Erleichterungen bei Besteuerung und Zahlung der Steuern, Vergünstigungen auf dem Gebiete der Eisenbahnfrachten und insbesondere die Entlastung des unerträglichen Zinsfußes als wirksame Mittel für die Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Rentabilität angesehen werden. Erforderlich sei auch, zur Behebung der Liquiditätsnot der Landwirtschaft, eine umfangreiche Regelung des landwirtschaftlichen Kreditwesens. Die Personalschulden der preussischen Landwirtschaft werden auf etwa 1,5 Milliarden Reichsmark angegeben, von denen etwa 800 Millionen noch vor der nächsten Ernte abgedeckt werden sollen. Die Stundung eines großen Teiles dieser Kredite zur Unterfütterung der Umwandlung der Personalschulden in tragbare Realien wird in der Denkschrift befürwortet. Dabei erscheine die Aufnahme weiterer Auslandskredite wegen des allgemeinen Kapitalmangels im Inlande leider unabweisbar.

Insgesondere müsse jedoch die Erschließung der inländischen Quellen zur Vergabe von Realrediten unter trag-

baren Zinsbedingungen versucht werden, soweit sich hierfür geeignete Mittel in der öffentlichen Hand befinden, oder sich bei Versicherungsanstalten, Sparkassen und in privater Hand angeammelt haben. Das Erliegen weiterer Teile der Landwirtschaft würde eine Minderung des Ertrages an Bodenerzeugnissen und damit die Notwendigkeit erhöhter Einfuhr von Lebensmitteln nach sich ziehen. Weitere Arbeiterentlastungen würden dadurch eintreten. Die Einnahmen der Post und der Eisenbahn sowie die Steuererträge würden unter einem Erliegen weiterer Teile der Landwirtschaft erheblich leiden. Es liege daher im Interesse der allgemeinen Volksernährung und Volkswirtschaft, die Landwirtschaft vor dem drohenden Ruin zu bewahren.

## Eröffnungsgottesdienst der General Synode.

Berlin. Gestern vereinigten sich die Mitglieder der General Synode zu einem feierlichen Eröffnungsgottesdienst in der Domkirche. Die Synodalen, soweit sie nicht amtlich verbunden waren, waren vollständig vertreten und nahmen nach feierlichem Einzug Platz auf den reservierten Plätzen vor dem Altar. Unter anderen bemerkte man den Präses der Synode und die beiden stellvertretenden Präsidenten, außerdem die Mitglieder aus den abgetrennten Gebieten des Ostens und aus dem Saargebiet. Den Altardienst versah Domprediger Richter. Die Liturgie wurde verköhnt durch Darbietungen des Domchors unter der bewährten Leitung von Prof. Hübel. An der Orgel sah Prof. Fischer. Die Verkündigung hielt anstelle des gestrigen abends plötzlich erkrankten Generalsuperintendenten von Wehlfen D. Bäumer-Münster der Synodale Sekretär D. Döring über Römer 16, 12,